

Vertrades der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0896590.

P/XIV/27 - 2. Februar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	"Situation sehr kompliziert" Zur Europareise des amerikanischen Außenministers	41
2 - 3	"Wenn wir das gewußt hätten, wäre die Wahl anders ausgefallen" In Frankreich ist man unzufrieden Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer.	89
4 - 5	Atomraketen auch für Schleswig-Holstein Beschwichtigungsversuche der Landesminister	74
6	Anschlag auf die Einheitsgewerkschaft Antigewerkschaftliche Hilfstuppe der CDU	50
7 - 8	Nikita Sergejewitsch Chruschtschow Wie ihn die Sowjetische Enzyklopädie sieht	101

* * * * *
* * *

"Situation sehr kompliziert"

sp - Wenn John Foster Dulles, Außenminister der USA, in dieser Woche London, Paris und Bonn aufsuchen wird, steht er vor einer Situation, die er selbst als "sehr kompliziert" bezeichnet hat. Nach allem, was bisher bekannt wurde, scheint Dulles versuchen zu wollen, gewisse in Europa aufgetretene Schwierigkeiten bei der Überleitung zu einer beweglicheren Politik des Westens auszuräumen. Man weiß schon seit einiger Zeit, daß Dulles unter dem Druck der neuen demokratischen Mehrheit im Senat und Repräsentantenhaus steht, die von ihm fordert, er solle sich etwas Besseres als seine bisherige Politik einfallen lassen.

Gerade hat der zukünftige Vorsitzende des außenpolitischen Senatsausschusses, William Fulbright, erklärt, er sei persönlich der Meinung, man müsse sich bei Ostwest-Gesprächen über die Deutschlandfrage "in der Richtung auf einen Abzug der ausländischen Truppen bewegen". Der demokratische Fraktionsvorsitzende im Senat, Mansfield, kritisierte die "starre Haltung des Westens zum Deutschlandproblem". Er meinte außerdem, "wir müssen von unserer automatischen 'Nein' zu sowjetischen Vorschlägen abkommen und Mittel und Wege zur Entwicklung einer Alternative finden."

Mit diesen Ideen kommen Fulbright und Mansfield gewissen Auffassungen entgegen, die auch in der offiziellen Politik Großbritanniens immer mehr Platz greifen. Ob Dulles auch diese Entwicklung meinte, als er von der "sehr komplizierten Situation" sprach, wird sich nach seinem Besuch in Europa herausstellen. Feststeht jedenfalls, daß in London und Washington der Wille, elastischer als bisher gegenüber dem Osten zu sein, stärker ist, als in Bonn und Paris.

Selbstverständlich besagt dies nicht, daß jetzt schon offene Meinungsverschiedenheiten mit bestimmten politischen Konsequenzen zutage getreten wären. Es besagt nur, daß Dulles, der bisherige Wortführer und Motor der Politik des Westens, vorsichtig lavieren muß, wenn er vermeiden will, daß Meinungsverschiedenheiten zum Durchbruch gelangen.

Die Geschlossenheit des Westens in der Ablehnung des ultimativen Berlin-Vorstosses Moskaus und des einseitigen Friedensvertrags-Vorschlages dürfte außer Zweifel stehen. Unterschiedlich wird jedoch die mögliche Reaktion Moskaus bewertet, falls der Westen keine Alternativ-Vorschläge entwickelt.

An diesem neuralgischen Punkt muß sich jetzt zeigen, wie groß die geistigen Reserven des Westens sind, um die Initiative in der internationalen Politik wieder in die Hand zu bekommen.

Wenn Dulles hier das Ziel und die Aufgabe seiner Reise nach Europa erfüllt, sollte man ihm viel Erfolg wünschen.

"Wenn wir das gewusst hätten, wäre die Wahl anders ausgefallen"

In Frankreich ist man unzufrieden.

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die jetzt in Paris hochkommenden Skandalaffären, in die sowohl Repräsentanten der Vierten und der Fünften Republik verwickelt zu sein scheinen, sind die etwas aufdringliche Begleitmusik zu politischen und wirtschaftlichen Vorgängen, deren Bedeutung nicht übersehen werden kann. In politischen Kreisen diskutiert man die Ohnmacht des Parlaments, das nach einer kurzen Vorstellungssitzung bis April nach Hause geschickt wurde. Die Abgeordneten haben keine Möglichkeit - wie es früher üblich war - dem Unwillen des Volkes über Freissteigerungen, Skandalaffären und andere unliebsame Erscheinungen der Fünften Republik Ausdruck zu geben. Auf der Strasse hört man heute schon oft das Wort: "Wenn wir das gewusst hätten, wäre die Wahl anders ausgefallen."

Das neue Parlament

Die politischen Parteien haben sich nun über die Sitzordnung im neuen französischen Parlament geeinigt: der Vorschlag der Gaullisten, den Unterschied zwischen "Links" und "Rechts" vollkommen zu verwischen und auf der einen Seite die Regierungstreuen Abgeordneten, auf der anderen Seite die "Opposition" zu scharen, ist nicht durchgedrungen. Die Kammer bildet allerdings ein für westeuropäische Verhältnisse recht sonderbares Bild.

Die 206 Abgeordneten der gaullistischen UMR füllen über ein Drittel des Halbrunds, von der Linken bis zur "rechten Mitte". In ihren Reihen sieht man neben Scustelle, den bekannten korsischen Abgeordneten Arrighi, den berühmtesten Pariser Advokaten und früheren Chef der "Revolutionär-Patriotischen" Partei Riaggi, Oberst Bourgoin, Oberst Thomaze ("Ledernase"), sowie die beiden gaullistischen Leiter des früheren Wohlfahrtsausschusses in Alger, Delbeque und Neuwirth.

Auf der äussersten Linken befinden sich die 43 Mitglieder der sozialistischen Parlamentsfraktion, unter ihnen Guy Mollet, der Fraktionschef Francis Lachard und der frühere Saharainminister Max Lejeune, der sich eigentlich in "Rechtsoption" zur Partei befindet, da er der Meinung war, die SFIO müsse auch in der jetzigen Situation in der Regierung vertreten sein.

Oberhalb der SFIO, in der letzten Reihe sitzen die zehn kommunistischen Abgeordneten, unter ihnen Thoraz und Waldeck-Rocket. Auf Grund der neuen Parlamentsordnung, nach welcher eine Fraktion mindestens 40 Abgeordnete haben muss, um in den Parlamentsausschüssen vertreten zu sein, werden die Kommunisten nicht als eigentliche Fraktion anerkannt und sind daher in den verschiedenen Kommissionen überhaupt nicht vertreten.

Christliche Volksrepublikaner "eingekreist"

Unzufrieden sind vor allem die 49 christlich-sozialen Volksrepublikaner (MRP), die auf der Linken, gleich neben der SFIO, sitzen wollten und die nun dazu verdammt wurden, oberhalb der UNR, auf allen Seiten eingekreist und eingekesselt von der Masse der gaullistischen Abgeordneten, ihre Plätze einzunehmen. Unter ihnen befinden sich der frühere Ministerpräsident und Staatsminister Félicien, Robert Schuman und Maurice Schumann, nicht aber Georges Bidault, der sich auf der äußersten Rechten mit einigen "Isolierten" befindet.

Ein ähnliches Schicksal haben 40 Abgeordnete, um wenigstens "verwaltungsmäßig" eine Fraktion zu bilden, unter ihnen der frühere radikale Ministerpräsident Felix Gaillard, der Widerstandsdenkmal René Pleven und andere. Auf der äußersten Rechten sitzen die 66 "algerischen" Abgeordneten, unter ihnen der Erstürmer des Sommerpalastes in Algier am 13. Mai, Lagaillarde, sowie die 116 Rechtsunabhängigen und 13 "Uneingeschriebene".

Das Parlament ist jetzt nach seiner "außerordentlichen" Tagung wieder bis April in Urlaub geschickt worden. Seine Befugnisse sind gering, doch soll man seine Existenz nicht ganz vergessen. Wichtiger sind die Vorgänge außerhalb des Parlamentes, die wachsende Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft und in den Mittelklassen mit den Blendedekreten, die Enttäuschung der gaullistischen Wählermassen, die aktive kommunistische Propaganda, die bevorstehenden Gemeinderatswahlen im März, die Streikvorbereitungen in verschiedenen Betrieben, die Ernennung General Salans zum Militärgouverneur von Paris.

Bewegung in der SFIO

Wichtig sind auch die Vorgänge innerhalb der SFIO, die durch den aufsehenerregenden Austritt des Senators Jean Le Bail gekennzeichnet sind. Le Bail war seit 34 Jahren Mitglied der Sozialistischen Partei und seit 1946 Abgeordneter des Departements Haute-Vienne. Er gehört zu den Abgeordneten, die am 1. Juni 1958 die Investitur de Gaulles abgelehnt haben. Seine Austrittserklärung verdient zitiert zu werden:

"Als unversöhnlicher Gegner des autoritären Regimes des Generals de Gaulle blieb ich meiner Partei treu, solange ich hoffen konnte, sie würde sich kühn an die Spitze einer kraftvollen Opposition des Volkes stellen mit dem Entschluß, die Republik wiederherzustellen, ohne das Risiko, in eine kommunistische Diktatur abzugleiten. Diese Hoffnung habe ich verloren ..."

Le Bail wirft Mollet vor, de Gaulle "legal zur Macht verholfen" zu haben und jetzt "Scheinopposition" zu üben. Eine Opposition, die unter der Führung Mollets steht, könne überhaupt nicht "ernst" genommen werden. Es sei für die SFIO verhängnisvoll, ihre Führung nicht gewechselt und damit die Verantwortung für Mollets Irrtümer übernommen zu haben. Le Bail geht vorläufig nicht zu den Autonomen Sozialisten, er bleibt aber Sozialist und spricht die Überzeugung aus, daß die SFIO in ihrer Mehrheit aus Menschen besteht, "die die VI. Republik noch brauchen wird".

Atomraketen auch für Schleswig-Holstein

mu - Kiel

Die Dänen und Norweger haben sich erfolgreich den Bestrebungen von Bundesverteidigungsminister Strauß und der hinter ihm stehenden deutschen und amerikanischen Militärs widersetzt, in den Nato-Abschnitt Mitte eingegliedert zu werden. Es bleibt dabei, daß Dänemark und Norwegen sowie der westdeutsche Wehrbereich I mit Schleswig-Holstein und Hamburg gemeinsam weiterhin den Nato-Nordabschnitt bilden.

In der deutschen Öffentlichkeit ist in diesem Zusammenhang kaum registriert worden, daß diese Entscheidung zugleich eine militärpolitische Entscheidung über Raketenwaffen auch mit Atomsprengköpfen bedeutet, die Angriffscharakter haben. Wenn der Nato-Nordabschnitt weiterhin als geschlossene Einheit zu betrachten ist, was jetzt ja entschieden wurde, dann gilt auch für Schleswig-Holstein und Hamburg nur das an militärischer Ausrüstung, was Dänemark und Norwegen für erforderlich halten.

Hier nun ist es wichtig zu wissen, daß der stellvertretende amerikanische Verteidigungsminister Quarles dem dänischen Staatsminister Hansen wörtlich versichert hat, daß Dänemark über die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen auf seinem Territorium selbst entscheiden kann. Das bedeutet, Dänemark wird diese Waffen nicht erhalten und die Nato-Statuten können sie den Dänen auch nicht aufzwingen.

Was für Dänemark gilt, gilt auch für Norwegen. Dort wird es gleichfalls keine Atomraketen, sondern nur fernlenkbare Geschosse von kürzerer Reichweite, vor allem zur Luftabwehr, Küstenverteidigung und Panzerbekämpfung, geben. Der norwegische Außenminister Lange sagte sogar vor dem Parlament in Oslo, daß die Nato hinsichtlich der Deutschlandfrage vor ihrer bisher größten Aufgabe stehe. Von Anfang an sei es der Sinn der Nato gewesen, die Voraussetzungen für realistische Verhandlungen mit der Sowjetunion über die entscheidenden Probleme Europas zu schaffen. Das heißt doch nichts anderes, als daß die Nato auf Verhandlungen eingestellt sein muß und keinen aggressiven militärischen Charakter erhalten kann, wie es ja auch die Skandinavier hinsichtlich ihrer Raketenbewaffnung gegenwärtig demonstrieren.

Vorgänge, die in den letzten Tagen aber in Schleswig-Holstein sichtbar zu werden beginnen, deuten darauf hin, daß diese Nato-Festung in Norwegen eine Raketenausstattung erhalten soll, die gegen den Bewaffnungs-

Charakter der gleichfalls zur Nato-Nord gehörenden nordischen Nachbarn verstoßen würde. Der Oppositionsführer im Kieler Landtag, Käber (SPD), sagte, er habe Informationen über einen "beabsichtigten Schirm von Abschußrampen an der Ostseeküste". Er könne sich gut vorstellen, daß von Flensburg bis Lübeck "ganze Batterien von Abschußrampen für Raketen stationiert würden, und daß diese Raketen auch Atomsprengeköpfe tragen könnten".

Das ist natürlich am anderen Morgen von dem schleswig-holsteinischen Innenminister Dr. Lemke (CDU) sofort und pauschal dementiert worden, so wie es ja heute im politischen Leben der Bundesrepublik üblich ist. Lemke sagte, daß der Regierung Planungen über den Bau von Raketenabschlußrampen oder der Stationierung von Einheiten mit Raketenausrüstung in Schleswig-Holstein nichts bekannt ist.

Dabei bereits übersah der Innenminister, daß sein gegenwärtig bei der sechsten amerikanischen Flotte im Mittelmeer weilender Ministerpräsident von Hassel (CDU) doch immer nur versichert hatte, daß bis 1961 keine Raketenwaffen nach Schleswig-Holstein kommen sollen. Wenn man diese Erklärung des Regierungschefs genau liest, kann sie durchaus heißen, daß in Januar 1961 die ersten Raketenwaffen mit Atomsprengeköpfen an der Ostseeküste sein können.

Wie denn noch das Dementi von Lemke vor der Pressekonferenz "aufgeweicht wurde", zeigt folgendes Frage- und Antwortspiel:

Frage: "Bezieht sich Ihr Dementi auch auf Raketen vom Typ "Nike-Herkules, an denen ja im Lande Bundeswehreinheiten ausgebildet werden?" (Herkules-Raketen können auch Atomsprengeköpfe tragen).

Antwort: "Das ist möglich".

Frage: "Schließt "weder Bau noch Stationierung von Rampen" ein, daß wir keine Schiffe mit Abschlußrampen erhalten werden?"

Antwort: "Das habe ich Admiral Rogge (Befehlshaber Wehrbezirk I) nicht gefragt. Die jetzigen Schiffe haben keine Raketen".

Frage: "Aber die Zerstörerneubauten der Bundesmarine sollen doch Abschlußeinrichtungen erhalten".

Antwort: "Das kann ich nicht sagen."

Kürzlich hatte das Bundesverteidigungsministerium bekanntgegeben, daß die Zerstörerneubauten der Bundesmarine Raketen erhalten sollen, die auch Atomsprengeköpfe tragen können.

Man kann somit mit Recht den Eindruck haben, daß Schleswig-Holstein der "atomraketen-aggressive" Koschnitt im Nato-Nordbereich werden soll und daß die maßgebenden CDU-Landesminister lediglich beschwichtigen, aber doch im Grunde die "Erhitzung" der Ostsee mitmachen.

Anschlag auf die Einheitsgewerkschaft

sp - Die Vorbereitungen für die Bildung eines "Christlichen Gewerkschaftsbundes" als Gegenstück zum DGB haben durch den sogenannten "Überleitungskongreß" der "Christlichen Gewerkschaftsbewegung" am vergangenen Wochenende in Essen einen neuen Anstoß bekommen. Im Mai soll dieses fragwürdige Schilde aus der Taufe gehoben werden. Nach eigenen Angaben, die nach oben hin ohnehin frisiert sind, zählen die "Christlichen Gewerkschaften" in der Bundesrepublik etwa 35 000 Mitglieder - im Vergleich zum DGB mit seinen über sechs Millionen organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten eine verschwindende Minderheit. Die Initiatoren dieser Splittergewerkschaft, die sich nun auch noch Angestellte und Beamte fischen will, gaben sich seinerzeit recht großen Hoffnungen hin; ausgestattet mit beträchtlichen Subventionen aus dem Ausland glaubten sie, einige Breschen in den DGB schlagen zu können. Das ist ihnen gründlich mißglückt. Bei den letzten Betriebsrätewahlen fielen sie fast überall, wo sie vermessen genug waren, eigene Kandidaten aufzustellen, durch.

Das wird auch bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen wohl kaum anders sein, obgleich diese Spaltergewerkschaft die Protektion mancher hoher kirchlichen Stellen genießt.

Die erklärte Absicht dieser merkwürdigen Gewerkschaftsschöpfung ist die Zerstörung der Gewerkschaftseinheit und die Zerschlagung des DGB als Wahrer der Interessen aller deutschen Arbeitnehmer. Unter Mißbrauch des christlichen Bekenntnisses wird versucht, für die CDU ein Gegenstück zum Deutschen Gewerkschaftsbund zu schaffen, und dies zu einer Zeit, da die Bundesregierung daran geht, die gewaltigen Kosten für ihre Rüstungspolitik durch Abbau von bisherigen sozialen Leistungen zu finanzieren. So nimmt es auch nicht wunder, wenn der CDU-Abgeordnete Winkelheide in Essen erklärte, die CGD bejahe die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und stimme dem Lücke-Plan zur Freigabe der Wohnungsmieten zu. Die Absicht der Bundesregierung, die Krankenversicherten mit einer Kostenbeteiligung für jede ärztliche Untersuchung zu belasten, will dieser sich manchmal botent sozialgebende Abgeordnete mit einem Preisausschreiben beantworten, wonach für die Selbstbeteiligung der Versicherten ein besserer Vorschlag gemacht werden soll. Der glückliche Gewinner dieses Preisausschreibens kann DM 100,- verdienen. Wird sich Bundesarbeitsminister Blank, der sich nun als Großunternehmer für soziale Demontage betätigt, an diesem Preisausschreiben beteiligen?

Doch Scherz beiseite. Was sich hier in diesem Bereich der CDU tut, ist nichts anderes als die Wiederholung der Zerfleischungstaktik der Kommunisten in den Betrieben vor 1933. Freilich mit dem Unterschied, daß heute die Masse der deutschen Arbeitnehmer für derartige Versuche, ihre Geschlossenheit zu sprengen und ihre Kampfkraft zu schwächen, immer geworden ist. Die deutschen Arbeitnehmer, belehrt durch schmerzliche Erfahrungen, sehen in der Gewerkschaftseinheit eines ihrer kostbarsten Güter, weil es sie vor den Folgen einer Politik schützt, zu der sie sich die "christlichen Gewerkschaftler" als Hilfspolizei hergeben. Sie werden nicht dulden, daß zu der Spaltung unseres Landes noch die Spaltung der deutschen Gewerkschaften kommt. Daran wird auch der neue Vorstoß der Gewerkschaftsspalter scheitern.

Nikita Sergejewitsch Chruschtschow

Der XXI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hat, wie zu erwarten war, die Führungsrolle Nikita Sergejewitsch Chruschtschows bestätigt. Es ist nicht uninteressant, den Lebenslauf dieses Mannes in der offiziellen sowjetischen Darstellung kennenzulernen. Die "Grosse Sowjetische Enzyklopädie" (Band 46, Seite 93) schildert Chruschtschows Lebensdaten wie folgt:

O/W.R. Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch, geb. am 17.4. 1894 - bedeutender Funktionär der Kommunistischen Partei und des sowjetischen Staates, getreuer Schüler W.I. Lenins, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU, Erster Sekretär des ZK der KPdSU, Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR.

N.S. Chr. wurde geboren in der Familie eines Bergarbeiters im Dorfe Kalinowka im Gouvernement Kursk. In seiner Kindheit arbeitete er als Hirt und später als Schlosser in den Werken und in den Kohlengruben des Donezbeckens. Im Jahre 1916 trat N.S. Chr. in die Kommunistische Partei ein. Er war aktiver Teilnehmer im Bürgerkrieg an der Südfrent. Nach Beendigung des Bürgerkrieges arbeitete er in einer Grube im Donezbecken, und später studierte er an einer Arbeiterfakultät eines Industrieinstituts im Donezbecken. Sowohl im Regiment als auch in der Grube und der Arbeiterfakultät betätigte er sich aktiv an der Parteiarbeit. Er wurde mehrmals als Sekretär der Parteizelle gewählt. Nach Beendigung seines Studiums auf der Arbeiterfakultät befand sich N.S. Chr. in leitender Parteiarbeit im Donbass, später in Kiew. Im Jahre 1929 begann er in der Industrieakademie W.I. Lenin in Moskau, wo er zum Sekretär des Parteikomitees gewählt worden war, sein Studium. Von Januar 1931 war N.S. Chr. Sekretär des Baumann-Rayons (Moskauer Stadtteil) und später Sekretär des Parteirayonkomitees des Krasnopressnenskiy-Stadtteils.

In den Jahren 1932 bis 1934 arbeitete er zuerst als "Zweiter", dann als "Erster Sekretär" des Moskauer Parteigebietskomitees. Im Jahre 1935 wurde er zum "Ersten Sekretär" des Moskauer Gebiets und Städtepartei-komitees gewählt, wo er bis 1938 tätig war. In diesen Jahren führte Chr. eine organisatorische Arbeit bei der Erfüllung der von der Partei und Regierung vorgeschriebenen Pläne, der sozialistischen Rekonstruktion Moskaus, für die Verschönerung der Hauptstadt, für die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten durch.

Im Januar 1938 wurde N.S. Chr. zum "Ersten Sekretär" des ZK der KP-Ukraine gewählt; von März bis Dezember 1947 war Chr. Vorsitzender des Ministerrates der Ukrainischen SSR, und im Dezember 1947 wurde er wieder zum "Ersten Sekretär" der KP-Ukraine gewählt, wo er bis Dezember 1949 tätig war. Bei der Leitung der ukrainischen Parteiorganisation hat Chr. eine bedeutende Rolle im Zusammenschluss der Ukraine für die Lösung der Aufgaben auf dem Gebiet der Entwicklung der Volkswirtschaft, der Kultur und in der Hebung des Wohlstandes der werktätigen Bevölkerung gespielt.

Im Verlauf des "Vaterländischen Krieges" 1941/45 befand sich Chr. in der kämpfenden Gruppe, und er führte eine grosse Arbeit an den Fronten aus. Er war Mitglied des "Kriegerates des besonderen Kiewer Wehrbezirks", des "Südwestlichen Abschnittes, der Stalingrader, der südlichen und der ersten Ukrainischen Fronten."

W.S. Chr. nahm aktiven Anteil an der Verteidigung Stalingrads und in der Vorbereitung der Zerschlagung der deutsch-faschistischen Truppen bei Stalingrad. Gleichzeitig mit der Arbeit an den Fronten führte Chr. als Sekretär des ZK der KP-Ukraine, eine große Arbeit in der Organisierung einer Volkspartisanen-Bewegung in der Ukraine gegen die deutsch-faschistischen Eroberer durch.

In der Machkriegsperiode widmete sich Chr. der Organisierung des Kampfes für den Aufbau und die Weiterentwicklung der Volkswirtschaft. Vom Dezember 1949 bis März 1953 war Chr. Sekretär des ZK und Erster Sekretär des Moskauer Parteigebietskomitees. Chr. ist von 1934 Mitglied des Zentralkomitees der Partei. Im Jahre 1938 ist er als Kandidat des ZK-Politbüros gewählt worden, und im Jahre 1939, nach dem

XIX. Parteitag, wurde er Mitglied des Politbüros des ZK der Partei. Auf dem XIX. Parteitag (1952) hielt Chr. das Referat "Über die Veränderungen im Statut der WKP(3) - KPdSU". Auf dem Parteitag wurde er zum Mitglied des ZK der KPdSU gewählt und auf dem ZK-Plenum zum Mitglied des Präsidiums des ZK und zum Sekretär des ZK der KPdSU ernannt. Im März 1953 hat die gemeinsame Sitzung des Plenums des ZK der KPdSU, der Ministerrat der UdSSR und das Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR die Notwendigkeit anerkannt, daß Chr. sich auf die Arbeit im ZK der KPdSU konzentriert. In Zusammenhang damit wurde er von den Pflichten des Ersten Sekretärs des Moskauer Komitees befreit.

Im September 1953 hat das Plenum der KPdSU Chr. zum Ersten Sekretär des ZK der KPdSU gewählt. Auf dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) trat Chr. mit einem Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU hervor. Am 25. Februar gab er auf einer geschlossenen Parteitagessitzung einen Bericht "Über den Persönlichkeitskult und seine Folgen". Auf dem XX. Parteitag der KPdSU wurde er zum Mitglied des ZK der KPdSU und zum Ersten Sekretär des ZK der KPdSU gewählt. Chr. ist Vorsitzender des Büros des ZK der KPdSU für die RSFSR. Die Reisen von Chr., zusammen mit anderen leitenden Politikern der UdSSR, in die Chinesische Volksrepublik, in die Polnische Volksrepublik, nach Jugoslawien, Indien, Burma, Afghanistan, Großbritannien und andere Länder, die Teilnahme an der Genfer Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte, sind Richtpunkte auf dem Weg zur Festigung des Friedens und Freundschaft unter den Völkern.

Für die großen Verdienste in der Sache des wirtschaftlichen Aufbaus und ebenso für die erfolgreiche Erfüllung der Aufgaben, die ihm die Partei und Regierung während des "Großen Vaterländischen Krieges" erteilt hatten, erhielt Chr. drei Leninorden, zwei Suworow-Orden Erster und Zweiter Klasse, den Kutusow-Orden Erster Klasse, den Orden des Vaterländischen Krieges Erster Klasse und den Arbeitsorden des Roten Banners und drei Medaillen.

Durch Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 16. April 1954 wurde Chr. für hervorragende Verdienste für die Kommunistische Partei und das Sowjetvolk in Zusammenhang mit seinem 60-jährigen Geburtstag, durch die Verleihung des Lenin-Ordens und der Goldmedaille "Sichel und Hammer", der Titel "Held der sozialistischen Arbeit" gegeben.

+ + +